



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm		
Datum 18.02.2016	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:53 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd E.
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Kampschulte, Matthias
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Feldmann, Jürgen
Burbulla, Johanna
Stutzenberger, Olaf
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung für Frau Dr. Philipp
Vertretung für Herrn Flühöh

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Klos, Karlheinz
Rath, Christiane
Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas
Tilly, Horst

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.
Flüshöh, Oliver

Vertretung durch Frau Tempel
Vertretung durch Herrn
Kampschulte

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 5 | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates | |
| 6 | Bestellung von neuen stellvertretenden, beratenden Mitgliedern | 006/2016/1 |
| 7 | Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Kulturausschuss | 028/2016 |
| 8 | Zentralisierung | |
| 9 | Aufstellung des Landesentwicklungsplanes NRW
Stellungnahme der Stadt Schwelm im
Beteiligungsverfahren der öffentlichen Stellen gem. § 10
Abs. 1 und 2 Raumordnungsgesetz (ROG) | 019/2016 |
| 10 | Neufassung der Gestaltungssatzung für den
Altstadtbereich
1. Ergebnis aus der erneuten Beteiligung der
Öffentlichkeit
2. Satzungsbeschluss gem. § 86 Abs. 1
Landesbauordnung BauO NRW | 013/2016 |
| 11 | Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen in 2016 | 015/2016 |
| 12 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2016 - Antrag Baumaßnahmen an Verkehrsflächen | 030/2016 |
| 13 | Antrag der Fraktion "Die Linke" / Quartiersmanagement | 191/2015/2 |
| 14 | Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 16.02.2016 - "Stadtentwicklung" | 043/2016 |
| 15 | Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 11.01.2016 - dauerhafte Aktion "Zeitzeugen" | 016/2016 |

- | | | |
|----|---|------------|
| 16 | Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 20.01.2016 -
Finanzielle Mindestausstattung von Städten - | 031/2016 |
| 17 | Kinder- und Jugendförderplan Stadt Schwelm 2016 -
2021 | 004/2016/1 |
| 18 | Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung | |

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich hierzu.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung trägt sie nachstehende beabsichtigte Ergänzungen / Änderungen vor:

Hinzukommende Vorlage:

- **TOP A 14 neu** – Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 16.02.2016 „Stadtentwicklung“ in Anlehnung an den TOP A 13 – Antrag der Fraktion DIE LINKE. zum Quartiersmanagement – mit **Vorlage 043/2016**

Auszutauschende Vorlagen:

- **bei TOP A 6** wird die bisherige Vorlage 006/2016 – Bestellung von neuen stellvertretenden beratenden Mitgliedern durch **Vorlage 006/2016/1** ersetzt
- **bei TOP A 16** wird die bisherige Vorlage 004/2016 – Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Schwelm 2016 - 2021 durch **Vorlage 004/2016/1** ersetzt
- zu TOP B 5 – Grundstücksangelegenheiten gibt es keine Vorlage wie ursprünglich angekündigt – weitere Ausführungen hierzu erfolgen unter dem TOP

Frau Dr. Hortolani erkundigt sich, worin die Dringlichkeit der Vorlage 043/2016 liege, um die Tagesordnung um diese zu erweitern.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass jederzeit Anträge zu Punkten auf der Tagesordnung vorgetragen werden können, selbst noch in der Sitzung. Der Antrag sei im Zusammenhang zum Tagesordnungspunkt A 13 mit Vorlage 191/2015/2 zu sehen. In diesem Fall habe die Fraktion den Antrag nur freundlicherweise schon im Vorfeld eingereicht.

Herr Gießwein erklärt, dass er am Wochenende hierzu mit Herrn Feldmann versucht habe, eine gemeinsame Lösung zu finden, was aber leider nicht möglich gewesen sei. Er empfehle, die beiden Anträge gemeinsam zu beraten.

Herr Feldmann ergänzt, dass am Ende doch wesentliche Unterschiede zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. bestanden haben.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge erfolgen, ruft Frau Grollmann zur Abstimmung über die Ergänzung / Änderung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

4 Mitteilungen

Mitteilung Archiv

Da das Thema so viele Menschen und auch sie selbst als Verwaltungschefin beschäftigt, gibt Frau Bürgermeisterin Grollmann eine Mitteilung zur Angelegenheit Archiv.

Sie stellt im Wesentlichen nachstehend aufgeführte Fakten vor und erläutert diese im Einzelnen:

- Alle aus dem Archiv entfernten Akten sind noch vorhanden.
- Ohne Zustimmung der Verwaltung bzw. der Verantwortlichen wurden die Akten - auch die nicht weg sollten - aus dem Archiv entnommen.
- Die Angelegenheit nimmt eine gute Wende – die Akten können an das Archiv zurückgeführt werden und finden auch dort Platz.
- Vor Rückführung erfolgt eine Sichtung durch den LWL, der die Stadt unterstützt.
- Es gab zu keinem Zeitpunkt am Haus Martfeld einen Container zum Entsorgen der Archivakten.
- Es ist ein Schlüsselverzeichnis und eine Alarmanlage vorhanden – wer einen Schlüssel zum Archiv hat, ist seit gestern bekannt – es gibt nicht zahlreiche Berechtigte, die Zugang zum Museum und Archiv haben.
- Durch ständige und zahlreiche räumliche Veränderungen seit 2012, mussten Akten vielfach hin und her transportiert werden.
- Hierdurch und durch Krankheit, Reduzierung von Stellen, Pensionierung waren 3 auf 1 ½ Stellen reduziert, so dass der Überblick teilweise verloren ging.
- Die im Dienst befindlichen Kräfte haben ihre Arbeit in diesen Phasen nach bestem Wissen und Gewissen fortgeführt.
- Sie stellt sich vor ihr Personal und wird zu keinem Zeitpunkt Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit vornehmen. Sie ist der festen Überzeugung, dass ihr Team zu jedem Zeitpunkt nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet hat.
- Es gibt bisher nur ein überaltertes handschriftliches Archivverzeichnis – alle Dinge müssen nun nach und nach in ein Programm eingearbeitet werden.

- Sie konnte feststellen, dass das Archiv sauber und ordentlich geführt ist – das Archiv entspricht aber nicht den Kriterien eines zukunftsorientierten Archivs nach § 10 des Archivgesetzes im Bereich der Pflichtaufgaben.
- Daher wurde als erster Schritt das Projekt Archiv 2020 ins Leben gerufen.
- Das Kulturbüro wird aufgelöst und in einer anderen Struktur zum Fachbereich Bildung, Kultur und Sport mit neuer Fachstellenleitung geformt. Dieser wird voraussichtlich im April starten.
- Ziele sind definiert und müssen noch ausgestaltet werden. Es soll eine dauerhafte Sicherung des kompletten Archivmaterials erfolgen. Hierfür ist die Installation eines zuverlässigen Prozesses zwingende Voraussetzung.
- Darüber hinaus muss ein möglichst geeigneter zentraler Standort für das Archivgut gefunden werden. Dieser ist bei dem neuen zentralen Standort der Verwaltung in der Gustav-Heinemann-Schule mit 1.600 qm Keller gut möglich.
- Ca. 10 – 15 % Verwaltungsakten müssen schätzungsweise noch zusätzlich aufgenommen werden.
- Eine weitere Überlegung könnte sein, eine Person im gehobenen Dienst über den Zweig des Archivars auszubilden. Dies wird zurzeit geprüft.

Herr Feldmann gibt zu bedenken, dass die Ausbildung einer Person fachlich gesichert und hierfür Personal vorhanden sein müsse, diese anzulernen.

Herr Philipp geht davon aus, dass die besagten Akten nie in einem Container gelegen haben, sondern bei jemandem waren, der sich für historische Dinge interessiere.

Frau Grollmann erläutert, dass die Akten teilweise im Museum unter einer Treppe und teilweise im Archiv gelagert waren. Keine Akte – so habe ihre Recherche ergeben – sei im Container gewesen und von dort mitgenommen worden.

Herr Kampschulte begrüßt den Weg, der nun mit dem Projekt Archiv 2020 beschritten werden solle. Mit der Neustrukturierung solle ein arbeitsfähiges Archiv geschaffen werden. Für die Einlagerung des Archivgutes zuzüglich der voraussichtlichen 10 – 15 % Verwaltungsakten müsse eine konzeptionelle Idee entwickelt werden, die von der Bürgermeisterin bereits vorgestellt worden sei. Gleichzeitig stehe das LWL der Stadt beratend zur Seite. Er gehe davon aus, dass niemand das Ziel gehabt habe, Geschichtsgut zu vernichten. Die Rückführung sei nun auf dem Weg und der Rat werde dies sicher mit erforderlichen Beschlüssen unterstützen.

Nach Auffassung der Frau Dr. Hortolani sollte das Ganze im Rahmen der Arbeit des Kulturausschusses erfolgen, der die Angelegenheit Archiv zum ständigen Thema machen sollte.

Herrn Kampschulte reicht der Kulturausschuss nicht aus, da sich dieser nicht oft treffe. Die Thematik müsse regelmäßig im Hauptausschuss rückgespiegelt werden. Da aber Frau Dr. Hortolani in beiden Ausschüssen sei, könne durch sie der Informationsfluss laufen. Auch die Öffentlichkeit müsse einbezogen werden. Es gebe viele Menschen, die sich geschichtlich interessieren. Deren Kompetenz könne ggf. eingebunden werden.

Herr Philipp berichtet von Erfahrungen aus seiner Zeit der Staatsarbeit und Tätigkeit im Archiv, in dem viele interessierte Menschen gute Arbeit geleistet haben. Was bisher im Schwelmer Archiv geschehen sei (z.B. Schränke, neues System), sei

vorher im Rat abgesprochen worden. Gleichzeitig war klar, dass die Umsetzung einige Zeit in Anspruch nehmen würde.

Herr Dr. Bockelmann geht davon aus, dass ab April regelmäßig weiter berichtet werde.

Für Frau Grollmann ist die regelmäßige Berichterstattung an die Politik selbstverständlich.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass möglicherweise zeitnah Beschlüsse zu fassen seien, wodurch die Einbindung der Politik zwingend würde.

Mitteilung Sitzungsort – Rat 10.03.2016

Frau Grollmann informiert des Weiteren, dass die Planung, die Ratssitzung am 10.03.2016 wieder im Ratssaal des Verwaltungsgebäudes I in der Hauptstraße 14 stattfinden zu lassen, nicht eingehalten werden könne. Der Aufzug sei bis zur Sitzung zwar eingebaut, die Abnahme könne jedoch nicht rechtzeitig gewährleistet werden. Bevor hier ein Risiko entstehe – insbesondere unter Berücksichtigung der Ladungsfrist – finde die Sitzung im März noch einmal in der GHS statt. Alle für die Einweihung vorgesehenen Programmpunkte werden auf den April verschoben.

Mitteilung SEP

Herr Eibert bezieht sich auf einen Presseartikel vom 11.02.2016 der vergangenen Woche, in dem zum Ausdruck gebracht worden sei, dass alle vier Grundschulstandorte beibehalten werden müssen und ein sich mit der Thematik beschäftigender Arbeitskreis aus Schulleitern, Eltern, Politikern und Verwaltungsmitarbeitern bestehe. Aus Sicht der Verwaltung sei diese Aussage zu korrigieren. Diesen Arbeitskreis, der bisher ein Mal getagt habe, gebe es zwar. Er bestehe aber aus Schulleitern, Elternvertretern und externen Moderatoren. Die Personen, die verwaltungsseitig anwesend gewesen seien, waren zur Protokollführung und Beantwortung von Fragen dort. Die nächste Sitzung finde am 08.03.2016 statt, zu dem dann auch entsprechende Vertreter der Fraktionen geladen werden.

5 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

6 Bestellung von neuen stellvertretenden, beratenden 006/2016/1 Mitgliedern

Kenntnisnahme festgestellt

7 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds 028/2016 für den Kulturausschuss

Herr Philipp hält es für ungewöhnlich, dass ein sachkundiger Bürger der CDU-Fraktion gleichzeitig zum beratenden Mitglied im selben Ausschuss gewählt werden solle.

Herr Schweinsberg erläutert, dass keine formalen Einwände dagegen erhoben werden können und es nicht zu einer Doppelfunktion kommen werde. Der jeweiligen Interessenvertretung stehe es frei, wen sie als beratendes Mitglied benenne.

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführte Ausschussbesetzung des Kulturausschusses wird beschlossen:

Neu	Bisher	Funktion
Herr Elmar-Björn Krause	N.N.	stellvertretendes beratendes Mitglied des Arbeitskreises Schwelmer Baugeschichte e.V.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeisterin

8 Zentralisierung

Herr Schweinsberg trägt einen Sachstandsbericht zur Zentralisierung der Verwaltung vor. Mit Schreiben und Eingang vom 15.02.2016 wurde hierzu durch Herrn Meese, Herrn Zachow und Frau Dr. Kryl die Absicht auf Durchführung eines Bürgerbegehrens gemäß § 26 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen mitgeteilt.

Die Verwaltung habe mit Schreiben vom 16.02.2016 allen drei Antragstellern eine Eingangsbestätigung zugesandt, werde nun die Sach- und Rechtslage prüfen und sich anschließend bei den Antragstellern melden. Die Politik werde über das weitere Vorgehen informiert.

Unabhängig davon habe die Verwaltung zu einem ersten Gespräch einer Arbeitsgruppe für den 07.03.2016 um 16:30 Uhr in das Rathaus geladen, die das Projekt begleiten solle. Für die Verwaltung werde Herr Thomas Striebeck, unterstützt von Herrn Horst Tilly, die Projektleitung übernehmen. Ebenso werde der Verwaltung in diesem Termin zur Wahrung eines rechtssicheren Verfahrens Herr Rechtsanwalt Nette beratend zur Seite stehen.

**9 Aufstellung des Landesentwicklungsplanes NRW 019/2016
Stellungnahme der Stadt Schwelm im
Beteiligungsverfahren der öffentlichen Stellen gem. §
10 Abs. 1 und 2 Raumordnungsgesetz (ROG)**

Beschluss:

Die Stadt Schwelm schließt sich inhaltlich der Stellungnahme des Ennepe-Ruhr-Kreises zum Entwurf des Landes-entwicklungsplanes (LEP) Nordrhein-Westfalen an und trägt diese in ihrem Namen bei der Staatskanzlei vor.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 10 Neufassung der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich 013/2016**
1. Ergebnis aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Satzungsbeschluss gem. § 86 Abs. 1 Landesbauordnung BauO NRW

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Stadtplanung sowie der Hauptausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Schwelm, die Neufassung der „Gestaltungssatzung für den Altstadt Bereich“ als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

- 11 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen in 2016 015/2016**

Beschluss:

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

- 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2016 - Antrag Baumaßnahmen an Verkehrsflächen 030/2016**

Herr Gießwein verweist im Wesentlichen auf die bereits im Fachausschuss vor Beratung und Beschlussfassung geführte Diskussion.

Herr Feldmann bedauert, dass ein derartiger Antrag überhaupt gestellt werden müsse und die Baumschutzsatzung seinerzeit aufgehoben worden sei. Es gebe zwar baurechtliche Anforderungen an Straßenbaumaßnahmen, dass das Wurzelwerk zu schützen sei, aber hier werde auch Kontrolle wichtig, und das nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch bei privaten Baumaßnahmen.

Frau Dr. Hortolani erkundigt sich, wie die Information der Anwohner geplant und mit wie viel Kosten zu rechnen sei.

Herr Schweinsberg verweist hierzu ebenfalls auf die Erörterung im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS). Er gehe davon aus, dass diese ähnlich wie bei der Maßnahme in der Kantstraße ausfallen. Der AUS habe sich darauf verständigt, nicht generell alle Anwohner bei jeder einzelnen Maßnahme zu informieren, sondern jeweils individuell im AUS hierüber zu entscheiden.

Frau Dr. Hortolani bittet, dies textlich noch einzubinden, da eine Beschlussfassung hierüber nicht schaden könne.

Herr Schweinsberg schlägt vor, für den Rat am 10.03.2016 eine entsprechende Überarbeitung des Beschlussvorschlags zu überlegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

Der Antrag ist angenommen.

13 Antrag der Fraktion "Die Linke" / Quartiersmanagement

191/2015/2

Dem Vorschlag des Herrn Gießwein entsprechend ruft Frau Grollmann die TOP 13 und 14 zur gemeinsamen Beratung, aber getrennten Abstimmung auf.

Herr Feldmann erläutert, dass seine Fraktion den Antrag in Richtung Stadtentwicklungskonzept (SEK) modifiziert habe. Die Einbindung des Quartiersmanagement habe Gründe. Es gebe heute keinen Stadtentwickler mehr, der nicht ein Quartiersmanagement einfordere, das aufzeige, was in einem Stadtviertel getan werden müsse, damit dieses attraktiv bleibe. Auch die Sozialraumanalyse spiele eine große Rolle. All dies müsse untersucht werden, um beurteilen zu können, was die Stadt bei einem Weitblick in 15 oder 20 Jahre attraktiver gestalte. Aus diesem Grunde sei das Quartiersmanagement für die Fraktion DIE LINKE. ein wichtiger Bereich.

Ein weiterer Grund seien die Fördermittel, die nur durch ein qualifiziertes Quartiersmanagement abgerufen werden können. Der private Wohnungsmarkt habe nur die Möglichkeit, über diesen Weg Fördermittel zu erhalten, um die Häuser

zukunftssicher umzubauen. Diesen wesentlichen Aspekt sehe er beim Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen nicht.

Für ihn handle es sich hier um einen wichtigen Abwägungsprozess, ob ein Stadtentwicklungskonzept mit oder ohne Quartiersmanagement erfolgen solle. Ihm sei wichtig, dass nichts bei der Frage, wie die Stadt in 15 bis 20 Jahren aussehe, übereilt werde.

Herr Gießwein erläutert, dass versucht worden sei, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Ein Quartiersmanagement sei für eine so kleine Stadt wie Schwelm nicht notwendig. Die von Herrn Feldmann angeführten Untersuchungen können auch ohne ein Quartiersmanagement durchgeführt werden. Die Bereiche, in denen Handlungsbedarf bestehe, haben sie in ihren Antrag aufgenommen. Dazu werde aber kein Quartiersmanagement benötigt.

Herr Dr. Bockelmann fasst zusammen, dass sich Politik und Verwaltung gemeinsam über den notwendigen Handlungsbedarf verständigen und dies eigentlich das sei, was Herr Feldmann unter Quartiersmanagement summiere, ohne dies explizit so zu nennen. Insoweit seien die beiden Anträge nicht sehr weit auseinander.

Herr Feldmann sieht das anders. Die einzelnen Bereiche Schwelms (z.B. Oberloh, Kaiserstraße, Fronhof, Westteil der Stadt oder Winterberg) unterscheiden sich in ihrer Problematik schon sehr voneinander. Rote Bereiche sollten von daher auch schon entsprechend diskutiert und wissenschaftlich betrachtet werden. Dies sollte nicht in erster Linie kommunalpolitisch erfolgen. Gerade das möchte die Fraktion DIE LINKE nicht. Es solle vielmehr eine unabhängige Untersuchung von außen erfolgen, da ansonsten eine zu große Beeinflussung stattfindet.

Herr Dr. Bockelmann weist darauf hin, dass Herr Feldmann diesen letzten Aspekt in seinem Antrag nur als „Kann“-Möglichkeit erwähnt habe, aber jetzt als „Muss“-Möglichkeit darstelle.

Herr Kampschulte erklärt, dass mit dem SEK eine parteiübergreifend erarbeitete, solide Grundlage vorliege, auf die aufgesetzt werden könne.

Herr Feldmann bemängelt, dass das SEK nun seit sieben Jahre vorhanden, aber seitdem nichts geschehen sei.

Herr Philipp erklärt, dass er beiden Anträgen zustimmen könne. Die Frage sei, ob man den Blick auf die Sache oder auf bestimmte Auseinandersetzungen lenke. Er bringt den Antrag der SPD aus 2011 auf eine Sozialraumanalyse in Erinnerung und erläutert den Hintergrund für diese Antragstellung. Ihn störe, dass die Anträge in der Regel mit einem Auftrag an die Verwaltung beginnen, tätig zu werden. Die Verwaltung könne dies nicht alleine bewältigen. Vielmehr müssen viele weitere Personen oder Institutionen involviert werden.

So sei durchaus denkbar, die beiden Anträge zusammen zu fassen. Hierdurch würde sich jedoch ein großer schwieriger Aufgabenblock ergeben, der in aktueller Situation nicht zu bewältigen sei.

Die ganze Diskussion verdecke das Problem, dass es zu lösen gelte. Er verweist auf die Stadt Dormagen, die es geschafft habe, viele Dinge anders zu regeln.

So könne ggf. aus anderen Städten passendes abgeguckt werden.

Herr Gießwein wendet ein, dass er im Antrag ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen habe. Die seinerzeit begonnene Flächenplanung solle nun wieder aufgenommen werden. Insoweit sei der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen konkreter als der der Fraktion DIE LINKE.. Es wäre schöner gewesen, in der Antragstellung zusammen zu finden, was aber nicht gelungen sei. Nun müsse geschaut werden, welche Vorstellung sich am Ende durchsetze.

Herr Philipp erklärt, dass er normalerweise beiden Anträgen zugestimmt hätte, wenn sich aber eine Kampfabstimmung abzeichne, er dem Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen nicht zustimmen werde, obwohl er dies gerne täte.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	6
	dagegen:	9
	Enthaltungen:	3

Der Antrag ist abgelehnt.

**14 Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 16.02.2016 043/2016
- "Stadtentwicklung"**

Siehe Ausführungen zu TOP A 13!

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	9
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	8

Der Antrag ist angenommen.

**15 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 11.01.2016 - 016/2016
dauerhafte Aktion "Zeitzeugen"**

Herr Feldmann erklärt, dass ihm dieser Antrag eine Herzensangelegenheit sei. Mit jedem Menschen, der uns verlasse, gehe ein Stück Geschichte. Es gehe darum, dass Kinder und Jugendliche sich anschauen können, wie ihre Eltern, Großeltern etc. gelebt haben. Dies könne digital aufgezeichnet werden, um so ein Gedächtnis aufzubauen.

Er wolle Kinder und Jugendliche für die Geschichte begeistern. Und dies nicht für irgendeine Geschichte, sondern für das Leben der früheren Generationen in der Stadt Schwelm. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Grollmann erklärt, dass sie den Antrag aus Sicht der Verwaltung sehr gut finde, aber diesen aus personellen Gründen nicht mittragen könne.

Frau Gießwein stellt den Vorschlag der Frau Besa aus der Sitzung des Kulturausschusses vor, dass die Jusos den Antrag aufgreifen und hierzu etwas unternehmen wollen.

Herr Feldmann hat Verständnis für die Aussage der Frau Grollmann, musste im Antrag aber ein Datum benennen. Er kenne auch noch einen Sponsor, der sich der Sache gerne annehmen würde, sobald ein Beschluss vorliege.

Herr Philipp nimmt Bezug auf die Vorträge im Zusammenhang zum 70jährigen Kriegsende. Es habe immer Personen gegeben, die von privater Seite derartige Bereiche fördern. Ggf. könnte ein Passus in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden, diesen bei finanzieller Machbarkeit oder Umsetzbarkeit zu beantragen. Vielleicht könne der Antragsteller dies nochmal überdenken.

Herr Kampschulte verweist auf die Erörterung im Fachausschuss, die bereits einen Schritt weiter gewesen sei. Es handle sich hier um ein gesamtgesellschaftliches Interesse. Dies könne nicht in erster Linie Sache der Verwaltung sein. Ggf. müsse zunächst überschaut werden, welche Institutionen Interesse an diesem Thema haben könnten, bevor ein Projekt aufgebaut werde. Hier sollte lieber später, aber dann breiter aufgestellt, gestartet werden.

Herr Feldmann teilt mit, dass er es nicht als problematisch ansehe, die Angelegenheit nochmal zu vertagen. Die Thematik müsse aber irgendwo verortet sein, da es eine dauerhafte Angelegenheit werden solle. Die Verortung mache an einer zentralen Stelle Sinn.

Frau Dr. Hortolani stellt sich die Frage, wer alles als Zeitzeugen angesehen werden solle. Falls die Frage konzeptionell zu überdenken sei, könne dies im Kulturausschuss erfolgen.

Herr Dr. Bockelmann schlägt dem Antragsteller vor, dass auch er selbst hier Initiator einer z.B. Arbeitsgruppe sein und diese gründen könne. Er habe dann die steuerungsmäßige Möglichkeit, alle relevanten Gruppen einzuladen und den Input abzufragen, aus dem er dann eine Konzeption ohne Mitarbeit der Verwaltung entwickeln könne. Fertiges Material werde dann sicher auch dem Archiv übergeben werden können.

Herr Feldmann verweist hinsichtlich seiner dahingehenden Vorstellungen auf den Wortlaut des Antrags. Es könne nicht sein, ein derart öffentlich interessantes Thema in einer privaten Initiative aufzugreifen.

Herr Gießwein bittet an dieser Stelle, keine Fachausschussdiskussion zu führen und stellt einen Vertagungsantrag in den Kulturausschuss im Herbst.

Herr Kick ergänzt, dass dies für ihn ein klassisches Thema für eine außerschulische Schulbildung darstelle und überlegt werden solle, den Jugendhilfeausschuss einzubinden.

Anschließend bittet Frau Grollmann um Abstimmung über den Vertagungsantrag des Herrn Gießwein.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

16 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 20.01.2016 - 031/2016
Finanzielle Mindestausstattung von Städten -

Herr Feldmann nimmt Bezug auf den hierzu ergangenen Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes NRW (StGB NRW), mit der dringenden Aufforderung an die Kommunalpolitiker, aktiv zu werden. Es gehe um die finanzielle Mindestausstattung der Kommunen, ein Rechtsgut, dass im Grundgesetz festgelegt sei.

Der StGB NRW möchte erreichen, dass dies auch in der Landesverfassung festgeschrieben werde.

Herr Schier begrüßt grundsätzlich, dass bestimmte Mittel des Landes auf die Kommunen umgelegt werden. Er habe nur Bedenken, nicht im Hinblick auf die Frage, sich an die Landtags- oder Bundestagsabgeordneten zu wenden, sondern im Hinblick darauf, die Verfassung zu ändern. Er stellt im Anschluss ausführlich die den Bedenken zugrunde liegenden Überlegungen vor. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, da sie den Weg, die Landesverfassung zu ändern, nicht für den richtigen Weg halte.

Herr Gießwein widerspricht Herrn Schier. Der vorgeschlagene Weg sei der einzige Weg, den man gehen könne. Die Landesregierung habe der Kommune stets neue Aufgaben auferlegt, ohne sie hierfür mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Dies sei nun die Aufforderung an die Landesregierung, sich dem Problem zu stellen, was andere Landesregierungen bereits getan haben. Es gehe hier um pflichtige Aufgaben und nicht um freiwillige Leistungen. Seine Fraktion werde daher zustimmen.

Herr Feldmann stellt klar, dass es hier um eine Resolution gehe und bittet um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	

Der Antrag ist angenommen.

17 Kinder- und Jugendförderplan Stadt Schwelm 2016 - 004/2016/1
2021

Beschluss:

- a) Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den als Anlage beigefügten 3. Kinder- und Jugendförderplan Stadt Schwelm zu beschließen. Die Laufzeit des Förderplanes erstreckt sich auf den Zeitraum 2016 – 2021.
- b) Der Rat der Stadt Schwelm beschließt den als Anlage beigefügten 3. Kinder- und Jugendförderplan Stadt Schwelm. Die Laufzeit des Förderplanes erstreckt sich auf den Zeitraum 2016 – 2021.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

18 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Stutzenberger bezieht sich auf die aktuelle Situation im Hallenbad, das im letzten Jahr und diese Woche erneut aus Krankheitsgründen schließen musste. Er fragt die Verwaltung, welche Maßnahmen geplant seien, damit derartige Schließungen zukünftig nicht mehr erfolgen. Als Nebenfrage erkundigt er sich, ob im Bereich des Personals bereits so viel gespart worden sei, dass kein Ausgleich bei Krankheitsausfällen mehr geschaffen werden könne.

Herr Eibert bestätigt zu seiner Nebenfrage in der Tat, dass das Personal derart „runter“ gespart worden sei, dass sie bei Krankheitsausfällen in den Grenzbereich geraten und bei mehreren Ausfällen dann schließen müssen. Die Verwaltung sei aber dabei ein Konzept aufzustellen, dass ermögliche, sich zukünftig anders aufzustellen. Im nächsten Sportausschuss werde es hierzu eine Aussage geben.

Herr Philipp erkundigt sich, wie es sein könne, dass er am 09.11.2015 Akteneinsicht zu Betreuungsverbänden beantragt (am 16.11.2015 nochmals per Email) und am 17.11.2015 per Email die Bestätigung der Verwaltung erhalten habe, dass der Antrag an die entsprechende Fachstelle weitergeleitet worden sei, woraufhin sich vor der Meldung des entsprechenden Fachbereiches am 18.11.2016 Herr Flühöh bei ihm erkundigt habe, warum diese Akteneinsicht beantragt worden sei. Wer habe Herrn Flühöh diese Information gegeben und warum?

Herr Schweinsberg erklärt, von der Bürgermeisterin hierzu befragt worden zu sein. Seiner Kenntnis nach habe es keine Akte zu der Angelegenheit gegeben, so dass er Herrn Töpke vom Roten Kreuz befragt habe, ob dieser dort einen Vorgang besitze, den er zur Verfügung stelle könne. Ob dieser mit Herrn Flühöh Kontakt aufgenommen habe, entziehe sich seiner Kenntnis. Er jedenfalls habe zu keinem Zeitpunkt Herrn Flühöh die Information übermittelt.

Frau Grollmann bestätigt diese Aussage.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 16 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 19.02.2016	Schritfführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--